

11

# Rücktritt Josef Habsburgs?

Ein Koalitionskabinet in Sicht.

Budapest, 20. August. (Meldung der „Ungarischen Post“.)

Heute abends verbreitete sich in politischen Kreisen das Gerücht, daß die Krise gelöst sei und daß bereits morgen die Einigung zwischen den Parteien erfolgen werde. Das Gerücht bewahrheitete sich. Den vereinten Bemühungen von ungarischen Politikern aus verschiedenen Parteien ist es gelungen, den Erzherzog Josef und seinen Anhang zu überzeugen, daß ein weiteres Festhalten an dem heutigen System den Interessen Ungarns nachteilig sein würde. Heute nachmittags gab nun Erzherzog Josef seine prinzipielle Bereitschaft kund, eine Koalitionsregierung zu ernennen und sich dann der politischen Macht zu entledigen und den Ausgang der sofort auszuschreibenden Wahlen als Privatmann abzuwarten. Ausschlaggebend für diesen Entschluß war die Erwägung, daß die Zustimmung der Entente zu dem unter dem Namen des Prinzen Josef inaugurierten System nicht zu erlangen sei. Hierdurch ist die Bahn für die Bildung einer wirklichen Konzentrationsregierung auf breiter Grundlage frei geworden.

Die Verhandlungen zur Bildung der neuen Regierung haben begonnen, und da auf der Grundlage der Koalitionsidee die Parteiführer einer Einigung bereits sehr nahe waren, als der Putz der Friedrich-Gruppe einen Strich durch die Rechnung gemacht hat, konnte man heute den abgerissenen Faden wieder aufnehmen. Man hofft, daß, wenn der morgen in Budapest eintreffende Ernst Garami mit den heute zwischen Lovasz, Bazonhi und Reidl vereinbarten Abmachungen auch einverstanden ist, die Bildung der neuen Regierung und der Systemwechsel sehr bald erfolgen kann. Die neue Regierung wird ein formelles Koalitionsministerium sein. Man glaubt, daß die neue Regierung aus folgenden Mitgliedern bestehen werde: Präsidium und Ministerium des Innern — Martin Lovasz (bürgerlicher Demokrat); Handelsminister — Ernst Garami (Sozialdemokrat); Finanzminister — Dr. Roland Szegedius (der frühere langjährige Budgetreferent und derzeitige Direktor der Pester Ungarischen Kommerzbank); Justizminister — Dr. Wilhelm Bazonhi; Ackerbauminister — der Direktor des Bundes der Landwirte Julius Rubinek; Volkswohlfahrtsminister — der Sozialdemokrat Baher; Volksernährungsminister — der Sozialdemokrat Reidl, der Präsident der durch den Friedrichschen Putz gestürzten sozialistischen Regierung. Als Staatssekretär im Ministerium des Innern wird Emanuel Buchinger, im Volksernährungsministerium Bernhard Kondor genannt, beide führende Mitglieder der sozialdemokratischen Partei.

## Der Wahltermin.

Budapest, 20. August. Heute hat ein Ministerrat stattgefunden, in dem beschlossen wurde, daß die Wahlen zur Nationalversammlung am den 20. September stattfinden sollen. In Angelegenheit der Durchführung der Wahlen wird der Ministerpräsident mit den Ententemissionen verhandeln.

Das monarchistische Abenteuer in Ungarn geht seinem Ende entgegen. Die Verhandlungen, welche in den letzten Tagen einerseits zwischen dem Führer der ungarischen Sozialdemokraten

Garami und dem Doyen der hiesigen Ententemissionen Oberst Cunningham, andererseits zwischen dem Minister des Innern Lovasz und dem Budapester Ententevertreter geführt wurden, haben das Ergebnis gezeitigt, daß die Entente die Anerkennung des Regimes Erzherzog Josef entschieden ablehnt.

Auch die eigentliche politische Mission des Erzherzogs, die Vorbereitung einer politischen Föderation unter den Sukzessionsstaaten, ist bereits an dem einmütigen Widerstand der Nationalstaaten gescheitert. Der unglückselige Plan, durch ein solches föderatives Bündnis die Herrschaft der Habsburger wieder aufzurichten, die von der Schweiz aus in die ungarischen reaktionären Kreise getragen wurde, hat außer bei der im Trüben stehenden französischen Militärpartei nirgends Unterstützung gefunden. Am allerwenigsten in der Bevölkerung des Landes, die nur unter dem Druck des weißen Terrors die reaktionäre Regierung erduldet.

Die Regierung ist sich auch bereits darüber klar, daß sie ebenso wie unter den Arbeitern auch unter den Bürgern und Bauern auf keine auch nur nennenswerte Zahl von Anhängern rechnen kann und daß ihr als letztes nur noch erübrigt, einem ehrlich republikanischen Kabinett den Weg frei zu machen.

Im Auftrage des Kabinetts Friedrich hat der Minister des Innern Baron Verenyi neue Verhandlungen mit den Sozialdemokraten wegen Bildung einer Konzentrationsregierung begonnen. Zur Führung dieser Verhandlungen begibt sich heute Garami nach Budapest. An dem Standpunkt der Sozialdemokraten hat sich nichts geändert. Sie fordern den sofortigen bedingungslosen Rücktritt des Erzherzogs Josef und die Bildung eines Ministeriums, in welchem alle Parteien gleichmäßig vertreten sind, zur ehesten Durchführung reiner Wahlen.

Mit der Eröffnung der Verhandlungen mit Garami, der vom ersten Augenblick an mit unerbittlicher Zähigkeit daran festgehalten hat, daß, solange nicht Erzherzog Josef und sein monarchistischer Anhang in der Versenkung verschwunden sind, kein Sozialdemokrat in die Regierung eintreten dürfe, ist die Krise in vollem Umfange bereits ausgebrochen, und die Demission des „Verweifers“ und des Kabinetts Friedrich ist stündlich zu erwarten.

## Er sollte heute gekrönt werden.

Saint-Germain, 20. August. Der „Temps“ äußert sich im Leitartikel neuerdings sehr mißtrauisch über die Person und die Politik des Erzherzogs Josef, der, wie das Blatt erwähnt, ursprünglich am heutigen Stephansfest von seinen Offizieren zum König von Ungarn gekrönt werden sollte, welcher Plan aber fallen gelassen worden sei. Das Blatt schreibt, daß der Erzherzog vor allem Sit, Geld und Freunde zu gewinnen suche. Es sei die Frage, ob die Alliierten genau über die Verhandlungen unterrichtet wären, die zwischen der Oesterreichisch-ungarischen Bank und den Bevollmächtigten des Erzherzogs in Wien geführt würden. Seine militärischen Kräfte seien nicht sehr stark, aber er verfüge nach den letzten Nachrichten immerhin über 12.000 bis 14.000 Mann, für die er von den Alliierten Waffen verlange.

## Keine Donauföderation.

Das Blatt schreibt weiter, daß man in Wien und auch anderwärts die Pariser Politik gegenüber dem Erzherzog mit Miß-

trauen beobachte und daß man den Alliierten ein Programm zuschreibe, das angeblich zunächst zu einer Bestätigung des Erzherzogs als König von Ungarn und dann zu einem ähnlichen Vorgehen in Oesterreich, also zu einer Neuschaffung Oesterreich-Ungarns führen solle. Diese Nachrichten müßten energisch dementiert werden. Die Behauptung, daß man in Paris über die Donauföderation berate, sei der Wahrheit entgegen gesetzt. Die französische Regierung habe niemals angedacht, daß eine Donauföderation möglich oder wünschenswert sei, und arbeite in keiner Weise, weder direkt noch indirekt, für eine solche Kombination.

## Der Brief des Ex-Kaisers Karl an Josef Habsburg.

Ein scharfes Dementi.

Lausanne, 19. August. (Meldung der Schweizerischen Depesch-Agentur.) Das „Berliner Tageblatt“ stellt durch seinen Wiener Korrespondenten fest, daß seine Nachricht über ein Schreiben des Ex-Kaisers Karl an Erzherzog Josef auch durch das offizielle Dementi nicht berührt werde. Der Sekretär des Ex-Kaisers erklärt nunmehr, daß der Gewährsmann des Berliner Blattes gelogen habe; ein solcher Brief sei nie geschrieben worden.

## Standrecht in Ungarn.

Budapest, 20. August. Die bereits gemeldete Verhängung des Standrechtes über Budapest wurde auf das ganze Land ausgedehnt.

## Die Requirierungen der Rumänen.

Budapest, 20. August. Laut einer Verordnung des rumänischen Oberkommandos dürfen die rumänischen Truppen in Zukunft nur im Wege der zuständigen ungarischen Behörden Requirierungen in Ungarn durchführen.

## Kein Abzug der Rumänen.

TK Budapest, 21. August. (Priv.-Tel.) Das rumänische Pressbureau meldet: Die Nachricht, daß ein Teil der rumänischen Besatzungstruppen Budapest verlassen habe, entspricht nicht den Tatsachen. Die ganze rumänische Besatzung befindet sich noch in Budapest. Die Bildung einer interalliierten Polizeimacht in Budapest ist wohl beabsichtigt, doch ist der Abzug der rumänischen Truppen aus Ungarn noch nicht in Aussicht genommen.

## Andrassy und Bazonhi in Wien.

Z Budapest, 20. August. (Priv.-Tel.) Graf Andrassy und Dr. Bazonhi, die in den letzten Tagen an zahlreichen politischen Beratungen teilnahmen, begeben sich heute nach Wien, um dort weitere Verhandlungen zu pflegen.